

(Abg. Meiser (CDU))

Deshalb ist meine herzliche Bitte vor diesem Hintergrund, dass wir einmal in Klarheit Folgendes sehen: Erstens. Die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer haben dort bestens mitgezogen. Zweitens. Wirtschaftsminister Dr. Hartmann und sein Staatssekretär Kiefaber haben einen hervorragenden Job gemacht, genauso wie vorher Wirtschaftsminister Rippe und Staatssekretär Hettrich. Es sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, die das Land hat, um dort zu stabilisieren und zu helfen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, lasst uns folgende Botschaft nach Büschfeld aussenden: Der Landtag und die Landesregierung stehen zu diesem Unternehmen und tun alles, um es zu stabilisieren. Aber gaukeln Sie bitte nicht vor, meine Damen und Herren von der Opposition, der Staat könne es richten. Das verblendet die Menschen und vermittelt ihnen ein falsches Bild von ihrer Zukunft. Deshalb sage ich abschließend: Ich bedanke mich beim Wirtschaftsminister, bei den Arbeitnehmern, bei den Gewerkschaften. Und ich sage es noch einmal: Wir werden an ihrer Seite stehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Anke Rehlinger.

Abg. Rehlinger (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 2008 war das SaarGummi-Werk in Büschfeld noch Werk des Jahres. Heute, 2010, befindet es sich in der Insolvenz. Diese Entwicklung hat ihre Gründe. Sicherlich könnte man sagen, wir hatten eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise. Wer jedoch diesen Erklärungsansatz allein heranzieht, um die Entwicklung bei SaarGummi zu begründen, springt zu kurz, denn wir wissen heute: Die Auftragsbücher sind voll; es laufen Leiharbeiter im Betrieb umher, um die Aufträge zu erfüllen; die Belegschaft schiebt Tausende von Überstunden vor sich her. Und jetzt, in der Insolvenz, wird sogar darüber nachgedacht, zusätzliche Beschäftigte einzustellen, um die Aufträge abzuarbeiten. Bei diesen Rahmenbedingungen war die Geschäftsleitung nicht in der Lage, schwarze Zahlen zu schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es gibt keine Beispiele dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Verantwortung dafür tragen, dass ihr Unternehmen in die Schieflage geraten ist, doch gibt es sehr wohl viele Beispiele dafür, dass Geschäftsleitung und Eigentümer dafür verantwortlich sind, dass ein Unternehmen in eine Schieflage und schließlich in die Insolvenz geraten ist. SaarGummi ist ein weiteres trauriges Beispiel für die zweite Aussage.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Die Insolvenz ist das Ergebnis der bisherigen Unternehmenspolitik, bei der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lediglich Kostenstellen waren. Dies sieht man daran, dass bis zum Schluss versucht wurde, das Unternehmen allein über die Lohnkosten zu retten. Nachdem die Belegschaft bereits 10 Prozent ihres Lohns abgeben und weitere Einbußen hinnehmen musste, sollten noch einmal 20 Prozent Lohnverzicht hinzukommen. Das ist eine Unternehmenspolitik, bei der die Renditeerwartung vor der Substanzerhaltung, vor der Investition in den Standort steht, eine Unternehmenspolitik, die insgesamt gescheitert ist und die in Büschfeld auch niemand mehr haben will, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen in Büschfeld keine weiteren Heuschrecken; wir haben von ihnen die Nase voll.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Im Übrigen ist das System der Heuschrecken, der Private-Equity-Fonds, immer das gleiche: Finanzinvestoren kaufen ein Unternehmen auf - im Fall SaarGummi wahrscheinlich zu teuer. Die Kosten der Finanzierung werden auf das Unternehmen abgewälzt. Dieses wird wegen der Schuldenbürde an den Rand seiner Existenzfähigkeit gedrückt. Daraufhin folgen Bürgschaften und Stillhalteabkommen der Banken, Veräußerungen von Unternehmensteilen, Lohnverzicht, Entlassungen, und am Ende steht oft auch die Insolvenz. Genau so hat es sich auch bei SaarGummi abgespielt, und - diese Bemerkung sei mir erlaubt - genau darauf habe ich schon vor einem Jahr hingewiesen, verbunden allerdings auch mit der Forderung, dass die Hilfen der Landesregierung der Sicherung des Standortes zu dienen haben. Wenn nämlich das Land Geld in die Hand nimmt, muss dieses zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet werden und darf nicht der Absicherung der Renditeerwartungen einiger weniger in Berlin dienen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Jost (SPD).)

Damals war ich freilich noch massiver Kritik in der Presse ausgesetzt. Rehlinger gefährdet tausend Arbeitsplätze, musste ich nach diesen Verlautbarungen lesen. Heute hören sich die Pressemitteilungen schon etwas anders an. Aber nichtsdestotrotz oder vielleicht sogar gerade deshalb erwarte ich, nachdem nunmehr die Möglichkeit besteht, dort in die Bücher hineinzusehen, dass man ganz genau hinsieht, wohin das Geld verschwunden ist. Wir haben gehört, was das Land geleistet hat. Ich mache es einmal rund: 13 Millionen Euro Bürgschaft, 12 Millionen Euro Liquidität durch den Ankauf von Land durch die Saarland Bau und Boden, 8 Millionen Euro durch den Verkauf von Vossloh und immerhin 1,4 Millionen Euro dadurch, dass die Mitarbeiter ihre Jubiläumskasse zur Verfügung gestellt haben. Also mehr als 30 Millionen Euro sind in Büschfeld binnen

(Abg. Rehlinger (SPD))

eines Jahres irgendwo verbrannt worden, und ich habe die Erwartungshaltung, dass jetzt genau geprüft wird, wohin das Geld der saarländischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gegangen ist.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Wir brauchen einen strategischen Investor, der etwas vom Geschäft versteht. Die Hoffnungen, dass wir es hinbekommen, sind ja durchaus berechtigt, und die Argumente dafür, dass man einen solchen Investor findet, sind durchaus gut, denn wir haben in Büschfeld gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich der Lage durchaus bewusst sind. Im Übrigen: In dieser Situation eine derartige Jetzt-erst-recht-Haltung zu entwickeln und eine solche Moral zu haben, dafür zolle ich Respekt. Das ist, glaube ich, außerordentlich, und ich denke, es spricht auch dafür, dass die Menschen in Büschfeld eine Chance verdient haben. Es ist im Übrigen auch sprichwörtlich, zu sehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geradezu erleichtert darüber sind, dass ihr Unternehmen in die Insolvenz gekommen ist und damit die Aussicht besteht, ihren Investor wieder loszuwerden.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Rehlinger, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

Abg. Rehlinger (SPD):

Ich glaube, SaarGummi hat eine gute Chance. SaarGummi braucht auch eine gute Chance. Der Betriebsrat sitzt dort hinten. Er hat bisher eine hervorragende Arbeit geleistet. Dabei sollten wir ihn weiterhin unterstützen. Wir brauchen SaarGummi oben im Hochwald. Deshalb sollten wir alle gemeinsam dafür kämpfen, dass es an diesem Standort weitergeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Christoph Kühn.

Abg. Kühn (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Finanzspritze für SaarGummi-Gruppe in zweistelliger Millionenhöhe“, „Insolvente SaarGummi-Gruppe kann vorläufig weiterproduzieren“, „Strategischer Investor in Sicht“ - das sind die positiven Nachrichten zu dieser Aktuellen Stunde. Dass wir sie in den letzten Tagen den Medien entnehmen konnten, daran haben die Belegschaft, aber auch die Banken, die OEM und nicht zu vergessen die Landesregierung unter Führung des Wirtschaftsministers Hartmann und seines Staatssekretärs Kief-

aber großen Anteil. Von daher mein Dank von unserer Seite.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Dass die derzeitige Unternehmensführung von SaarGummi gelinde gesagt suboptimal gearbeitet hat,

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE): Das ist aber nett ausgedrückt)

ist in den einzelnen Ausschüssen herübergekommen und garantiert auch unstrittig. Aber - so hat es die Presse in den letzten Tagen versucht herübertransportieren - es ist genauso falsch, dass sich das Saarland an SaarGummi beteiligt. Es ist nicht die Aufgabe eines Landes, sich an Unternehmen zu beteiligen, denn wo soll die Grenze gezogen werden? Wir haben eben die Zahl von über 400 Insolvenzen im Jahr gehört. Es sind genau 441. Wo soll die Grenze gezogen werden? Welchem Unternehmer sollen wir sagen: Nein, bei dir steigt das Land nicht ein, du bist ein Unternehmer zweiter Klasse, du bist uns nicht wichtig? Von daher die ganz klare Botschaft der FDP-Landtagsfraktion: Eine Beteiligung der Landesregierung an Unternehmen gibt es mit uns nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU.)

Kollege Bierbaum hat Halberg Guss, ALSTOM und Telekom angesprochen. Es gibt garantiert noch weitere Unternehmen. Sie wissen, die Landesregierung ist bei allen dicht mit dran - auch wieder mit den handelnden Personen, die ich genannt habe. Es ist schwierig - Sie wissen es aus eigener Erfahrung -, gerade bei einem Unternehmen wie Halberg Guss eine Lösung, ein tragfähiges und nachhaltiges Konzept zu finden, aber daran wird gearbeitet. Wir, die FDP-Fraktion, sind zuversichtlich, dass die Landesregierung es speziell im Fall Halberg Guss hinbekommt. Zur Telekom haben wir heute einen eigenen Tagesordnungspunkt; dazu dann noch etwas mehr.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten richtig und besonnen gehandelt hat. Sie steht - dieses Signal haben wir bereits gesendet - zu den Unternehmen und deren Belegschaften. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich das Wort.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, uns allen in diesem Hause ist die Bedeutung von SaarGummi für die saarländische Wirtschaft, insbesondere für die Wirtschaft im nördlichen Saarland durchaus bewusst. Der Wegfall